

Stellungnahme von ARD-aktuell zur Zuschrift von Richard Petersen vom 4. Mai 2025
zum Artikel „Meinungsfreiheit durch Koalitionsvertrag gefährdet?“
vom 17. April 2025 auf tagesschau.de

Richard Petersen kritisiert, dass der Artikel „Meinungsfreiheit durch Koalitionsvertrag gefährdet?“, am 17. April 2025 erschienen auf tagesschau.de, „die im Koalitionsvertrag geforderte Einschränkung der Meinungsfreiheit“ verharmlose. Die Autorin verteidige den Koalitionsvertrag, ohne folgende Punkte zu hinterfragen: Wer definiert, wann es sich um eine bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen handelt? Wann ist eine Medienaufsicht staatsfern? Ist die „einseitige Berichterstattung der tageschau auch „Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze“? Wer legt fest, was Desinformation und Fake News sind? Warum braucht man neue Regelungen, wenn jetzt schon gelte, dass man sich teilweise strafbar mache, wenn man bewusst lüge? Wer definiert, ob journalistisch sorgfältig gearbeitet wurde? Müsse die tageschau nun nicht auch „Angst haben“? Sollen die Menschen durch das Verbot von Fake Accounts gläsern gemacht werden?

Richard Petersen sieht in diesem Artikel einen Verstoß gegen den NDR-Staatsvertrag.

Dazu nimmt ARD-aktuell wie folgt Stellung:

Der von Herrn Petersen kritisierte Artikel ist ein „Kontext“-Artikel, der auf tagesschau.de Einordnungen und Hintergrund-Informationen liefert. Anlass ist eine Debatte über die Meinungsfreiheit, ausgelöst durch einen Absatz im Koalitionsvertrag von Union und SPD. Dieser besagt, dass die „bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen“ durch die Meinungsfreiheit nicht gedeckt sei. Deshalb müsse „die staatsferne Medienaufsicht unter Wahrung der Meinungsfreiheit auf der Basis klarer gesetzlicher Vorgaben gegen Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze vorgehen können“. Im Netz ist daraufhin Sorge über das Recht auf freie Meinungsäußerung geäußert worden. Kritiker haben darin einen Versuch gesehen, den Ausdruck von Meinungen einzuschränken.

Der kritisierte „Kontext“-Artikel stellt die Kernpunkte des strittigen Abschnitts des Koalitionsvertrages vor, ordnet sie im Verhältnis zu derzeit geltenden Rechtslage ein, zitiert sowohl kritische Stimmen als auch Akteure der Koalitionsparteien und macht in der Gesamtschau durch eine Experteneinschätzung deutlich, warum bestimmte Problempunkte nicht auf Basis eines knappen Textabschnitts des Koalitionsvertrags bewertet werden können, sondern nur auf Basis einer möglichen späteren gesetzlichen Umsetzung mit Detailregelungen.

In dem Artikel wird in einem farblich hervorgehoben Info-Kasten der Unterschied zwischen den Begriffen „Tatsache“ und „Meinung“ aus rechtlicher Sicht erläutert und dargelegt, unter welchen Voraussetzungen Meinungen gemäß einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2011 geschützt sind.

Nicht von Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt ist laut der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die „erwiesen oder bewusst unwahre Tatsachenbehauptung“. Der von Herrn Petersen kritisierte Artikel macht deutlich: wer bewusst lügt, macht sich auch heute schon teilweise strafbar, zum Beispiel bei beleidigenden oder verleumderischen Aussagen. Einzelpersonen können wegen Verleumdung, Beleidigung oder Übler Nachrede juristisch belangt werden. An dieser Stelle wurde herausgearbeitet, dass die im Koalitionsvertrag formulierte Aussage nicht neu ist. Es wird zudem erläutert, dass es Gerichte sind, die darüber entscheiden, wann es sich um eine bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen handelt. Denn über die im Text beschriebene Ausgangsfrage – handelt es sich um eine Meinungsäußerung oder um eine



Tatsachenbehauptung - entscheidet auf Basis des Grundgesetzes und der Gesetze im Streitfall ein Gericht.

Im Artikel wird zudem ausgeführt, wie die Verbreitung von Informationen durch Medien im Rahmen der im Koalitionsvertrag erwähnten „staatsfernen Medienaufsicht“ geprüft wird: durch die Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Sender, den Presserat und die Landesmedienanstalten, bei denen Nutzer*innen Beschwerden über vermutete falsche Berichterstattung einreichen können.

Die Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, Eva Flecken, erklärt im Interview mit tagesschau.de, dass bei journalistischer Arbeit bei Verdacht auf falsche Informationen eine Überprüfung erfolge, einzelne Aussagen von Privatpersonen jedoch von dieser Aufsicht nicht betroffen seien. Bei einer Überprüfung der journalistischen Arbeit werde nicht der Inhalt als wahr oder falsch bewertet, sondern geprüft, ob journalistisch sorgfältig gearbeitet worden sei. Es gehe nicht um eine „Inhaltepolizei oder ein Wahrheitsministerium“, sondern darum, ob in journalistischer Hinsicht sauber gearbeitet wurde. Es wird in der Berichterstattung also deutlich gemacht, dass es die Gremien der Medienaufsicht sind, die die journalistische Arbeit bewerten. Die Frage von Herrn Petersen („Wer definiert, wann es sich um eine bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen handelt?“) wird im Artikel aus unserer Sicht beantwortet.

Wir können grundsätzlich nachvollziehen, dass sich Herr Petersen an dieser Stelle noch weitere Ausführungen hinsichtlich der Frage der Staatsferne und der Definition von „Desinformation“ und „Fake News“ gewünscht hätte. Das Fehlen dieser Ausführungen ist jedoch kein Verstoß gegen journalistische Standards, da Berichterstaten immer auch bedeutet, eine Auswahl treffen zu müssen. Für ein Grundverständnis der Thematik enthält der Artikel aus unserer Sicht die wichtigsten relevanten Informationen.

Laut Eva Flecken geht die Medienaufsicht schon jetzt gegen „Hass und Hetze“ vor, basierend auf bestehenden Staatsverträgen, die Angebote untersagen, die zum Hass gegen Bevölkerungsgruppen aufstacheln. Angebote, die Hass oder falsche Tatsachenbehauptungen enthalten, könnten von der Medienaufsicht beanstandet oder untersagt werden, wobei das Untersagen ganzer Angebote als Ultima Ratio gelte, da im Zweifel immer für die Medienfreiheit entschieden werde.

Christiane Schenderlein, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien für die CDU/CSU, merkt im Interview mit tagesschau.de an, dass der Koalitionsvertrag in Bezug auf die Meinungsfreiheit zwar den Ist-Zustand beschreibe, aber auch Desinformation „stärker in den Blick nehmen“ wolle. Gemeint seien hier insbesondere bewusst falsch verbreitete Informationen, die irreführend seien und vorrangig die Destabilisierung der Gesellschaft oder des politischen Systems zum Ziel hätten. In Zeiten, in denen Wahlen durch Desinformation manipuliert würden, müsse die Politik dies stärker berücksichtigen, so Schenderlein.

Der Artikel führt aus, dass Union und SPD die Medienaufsicht stärken wollen und im Koalitionsvertrag die Absicht formuliert ist, systematisch eingesetzte manipulative Verbreitungstechniken wie koordinierte Bots und Fake Accounts zu verbieten. Hier wird folglich deutlich, mit welchem Zweck Union und SPD diese Absicht verfolgen: Es geht um das Verhindern von systematisch eingesetzten manipulativen Verbreitungstechniken – es geht nicht darum, wie es Herr Petersen in seiner Frage vermutet, „Menschen gläsern“ zu machen. Schenderlein führt weiter aus, dass es noch offen sei, ob darüber hinaus neue gesetzliche Vorgaben für die Medienaufsicht folgen werden. Erst müsse geprüft werden, ob die vorhandenen Instrumente ausreichend seien.



Der Artikel legt dar, dass die SPD auf Anfrage betont habe, dass der Koalitionsvertrag die „geltende Rechtslage“ wiederhole, gezielte Desinformation keine „Meinung“ sei und entsprechend keinen Schutz durch die Meinungsfreiheit genieße. Die SPD wolle Mechanismen schaffen, die der staatsfernen Medienaufsicht zur Verfügung stünden, um gegen gezielte Desinformations-, Hass- und Hetzkampagnen vorgehen und Betroffenen helfen zu können.

Uwe Volkmann, Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie, schätzt dies im Artikel ein und führt aus, dass bei eventuellen neuen Mechanismen oder gesetzlichen Vorgaben genau geprüft werden müsste, inwieweit sie die Meinungsfreiheit betreffen könnten. Er weist darauf hin, dass das Rechtsverständnis einem steten Wandel unterliege und sich die Grenzen verschieben können. Er sieht aber in der aktuellen Formulierung des Koalitionsvertrags keine Gefahr für eine Einschränkung der Grundrechte.

Christiane Schenderlein führt an, dass das Ziel das Gegenteil sei. Es gehe nicht darum, unliebsame Meinungen einzuschränken, sondern die Vielseitigkeit von Meinungen und den Austausch zu bewahren.

Wie diese Zusammenfassung zeigt, „verharmlost“ oder „verteidigt“ die Autorin des Artikels bzw. der Artikel selbst nicht, sondern in ihm kommen unterschiedliche Experten zu Wort, die den Absatz aus dem Koalitionsvertrag einordnen und mit Blick auf die Meinungsfreiheit bewerten. Gemäß den Ergebnissen der Recherche zu diesem Artikel und der Einschätzung der Experten handelt es sich bei diesem Absatz im Koalitionsvertrag im Kern eben nicht um eine „neue Regelung“, wie Herr Petersen sie in seiner Beschwerde bezeichnet. Insofern erübrigt sich eine Antwort auf seine Frage, warum man diese neue Regelung brauche, wenn jetzt schon gelte, dass man sich teilweise strafbar mache, wenn man bewusst lüge.

Die Fragen von Richard Petersen, ob die „einseitige Berichterstattung der tageschau auch Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze sei“ und „ob die tageschau nun nicht auch „Angst haben müsse“, bewerten wir als rhetorisch.

Aus Sicht der Redaktion entspricht der Artikel den journalistischen Standards, einen Verstoß gegen den Staatsvertrag können wir nicht erkennen.

Hamburg, 6. Juni 2025



David Rose
Stellvertretender Redaktionsleiter tagesschau.de